

Leben wie im Gefängnis: Zu Besuch bei ukrainischen Flüchtlingen in Deutschland

Hunderte ukrainische Flüchtlinge sitzen in Abschiebelagern in Bayern fest. Hinter Zäunen, in Containern, ohne Jobs, ohne Bewegungsfreiheit – und mit der ständigen Angst, in ein Land abgeschoben zu werden, in dem noch immer Krieg herrscht.

"Kühlschrank", "Süßes", "Wasserkocher". Das sind Worte, die Alex auf Deutsch sagen kann. Diese Worte braucht er täglich, weil sie Erlaubtes von Verbotenem abstecken. Seit fast einem Jahr lebt der Ukrainer in einem Abschiebelager in Ingolstadt, in einem Gewerbegebiet zwischen Bordell und Burger King. In der Unterkunft gelten strenge Regeln: Die Flüchtlinge dürfen kein eigenes Essen mit hineinnehmen – nur Süßes, weil es in den Zimmern keinen Kühlschrank gibt. Sie dürfen keine eigenen Elektrogeräte besitzen, keinen Wasserkocher, keinen Föhn, weil sie diese als Waffe benutzen könnten. Genauso wie Gabeln und Messer, die es hier nur aus Plastik gibt.

Alex, 27 Jahre, blaue Augen, Dreitagebart, sitzt in diesem Lager fest, weil er vor einem Krieg floh, den inzwischen kaum mehr jemanden interessiert. Ein Krieg, der scheinbar irgendwo zwischen IS-Terror und Donald Trump vergessen wurde. Seit Beginn der Kämpfe der prorussischen Separatisten gegen das ukrainische Militär mussten zwei Millionen Ukrainer ihre Heimat verlassen. Die meisten flohen nach Russland oder in andere Teile der Ukraine. Asyl in Deutschland, so wie Alex, beantragten zwischen 2014 und 2016 fast 10.000 Ukrainer.

Seit einiger Zeit bekommen sie Briefe – mit der Anweisung, nach Ingolstadt zu ziehen in eines der drei Abschiebelager. Alex bekam seinen vor einem knappen Jahr. Damals lebte er in einer großen Unterkunft in Zirndorf bei Fürth. "Du bekommst eine Wohnung", haben die Helfer dort immer gesagt, "und einen Job." Nichts davon traf ein, nur dieser Brief. Eine Woche hatte er Zeit, seine Koffer zu packen und nach Ingolstadt zu ziehen. Als er dort war, merkte er schnell: Die Chance, dass jetzt alles irgendwie gut ausgeht, wird immer geringer. Immer wieder kam die Polizei und nahm jemanden anderen mit. Und Alex fragte sich: Bin ich als Nächstes dran?

Wie Alex geht es gerade Hunderten seiner Landsleute. Sie müssen nach Ingolstadt ziehen, an einen Ort, an dem ihre einzige Aufgabe ist zu warten, bis der deutsche Staat sagt, dass er sie nicht mehr im Land haben will. Dabei spielt es keine Rolle, wie gut die Geflüchteten integriert waren, ob sie Aussichten auf einen Job hätten, oder wie weit sie von Ingolstadt entfernt wohnten. Wer einmal dort angekommen ist, für den gibt meist nur eine Richtung: zurück in ein Land, in dem immer noch geschossen wird, in dem Separatisten ganze Landstriche besetzen, Ortschaften immer wieder von Wasser und Strom abgeschnitten sind, Menschen enteignet werden. Erst vor gut einer Woche wurde ein Mitarbeiter der OSZE von einer Landmine getötet. Doch die Abschiebelager, glauben Flüchtlingshelfer, sollen sich herumsprechen. Ukrainer sollen gar nicht erst auf die Idee kommen, nach Deutschland zu fliehen.

Alex kommt aus Slowjansk im Osten der Ukraine, einer Stadt mit etwa 115.000 Einwohnern. Er spricht Russisch – so wie drei Viertel der Menschen dort. Vor drei Jahren herrschte in der Stadt für ein paar Monate Ausnahmezustand. Während dieser Zeit war Slowjansk die Hochburg der russlandtreuen Rebellen. Sie verschanzten sich in einem Krankenhaus am Rand der Stadt, heute ist davon nur noch eine Ruine übrig. Löcher bohrten sich in Häuserfassaden, Scheiben zerborsten, Granaten schlugen in die Straßen ein. Manchmal gab es stundenlang weder Wasser noch Strom. Es herrschte Anarchie, viele Bewohner flohen in den Wald. In den Nachrichten war Slowjansk damals auch, weil dort prorussische Separatisten europäische Militärbeobachter entführten. Vier Monate

nach den ersten Ausschreitungen brachte das ukrainische Militär die Stadt wieder unter Kontrolle. An anderen Orten wurde jedoch weitergekämpft. Die Bilanz nach drei Jahren Bürgerkrieg: etwa 10.000 Tote, darunter etwa 2.000 Zivilisten.

Alex' aktuelles Zuhause besteht aus gelben Container, zweistöckig aufeinandergestapelt, drum herum ein Zaun aus Metall. Journalisten kommen hier ohne Erlaubnis nicht rein. Auch Alex muss jedes Mal, wenn er rein möchte, seine Taschen zeigen, ein Wachmann tastet ihn ab. "15 Securitys gibt es", sagt er leise auf Englisch – muss ja nicht jeder mithören, was er zu sagen hat. Er sitzt in einem McDonald's, ein paar hundert Meter von der Unterkunft entfernt. "Die Securitys gehen die ganze Zeit hin und her." Ein paar Mal kamen sie auch ohne Ankündigung in sein Zimmer – um zu sehen, ob er Waffen versteckt oder Essen hineingeschmuggelt hat. Alex fühlt sich beobachtet, kontrolliert. "Manchmal, wenn ich in dem Lager herumlaufe, schauen mich vier, fünf Wachmänner gleichzeitig an."

Eigentlich wurden solche "Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen" geschaffen, um Flüchtlinge aus dem Balkan möglichst schnell abzuschicken und Asylverfahren schneller abzuschließen. Möglich ist das auch, weil die Bundesregierung Länder wie Montenegro, Albanien und Kosovo als sicher eingestuft hat. Für die Ukraine gilt das nicht. Aber obwohl weiter Krieg herrscht, werden die Lager nun offenbar mit Ukrainern gefüllt. Schon mehr als die Hälfte der Menschen in den Abschiebezentren in Ingolstadt stammt aus der Ukraine. Genaue Zahlen nennt die Regierung von Oberbayern, die für die Einrichtungen zuständig ist, nicht. Die würden jeden Tag schwanken, weil entweder jemand abgeschoben wird, freiwillig das Land verlässt oder untertaucht. Nur so viel: Zwischen 540 und 1.040 Personen lebten in den vergangenen zwölf Monaten in den Einrichtungen.

2014, als die Ausschreitungen begannen, lebte Alex bereits in Kiew und arbeitete für die Regierung, in einer Umweltbehörde. Er sagt, sein damaliger Chef habe ihn beschimpft und gedroht, dass er ihn zum Militärdienst schicken werde. Zu der Zeit hatten bereits viele von Alex' Kollegen Einberufungsbescheide bekommen. "Ich wollte nicht gegen meine eigenen Leute kämpfen", sagt er. In der Ukraine wird die Verweigerung des Wehrdienstes mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft. Alex beschloss zu fliehen.

In Alex' negativem Asylbescheid heißt es, es könne davon ausgegangen werden, dass in der Westukraine eine "Existenzsicherung" gewährleistet sei. Ein Ausländer könne nur dann Schutz erhalten, wenn ihm entweder die Todesstrafe, Folter oder eine unmenschliche, erniedrigende Bestrafung drohe. All das sei bei ihm nicht der Fall.

Vor drei Jahren wurden noch 5,5 Prozent aller ukrainischen Asylanträge positiv entschieden, 2016 bloß noch 1,5 Prozent. Alex versteht das nicht. "Es gibt bestimmt auch Teile in Syrien, in denen nicht gekämpft wird", sagt er.

Er sei sich sicher: In sein altes Leben könne er nicht zurück. Selbst in Kiew hatte er vor seiner Flucht Probleme. Weil die Menschen wussten, woher er ursprünglich stammt. "Wir finden schon einen Weg, dich rauszuschmeißen, haben sie auf meiner Arbeit gesagt." Nationalisten seien das gewesen, "Dummköpfe" nennt er sie. Denen könnte er schon irgendwie aus dem Weg gehen. Wovor er wirklich Angst habe, ist, wegen seiner Kriegsdienstverweigerung ins Gefängnis zu kommen. "Man kann darin richtig krank werden", sagt Alex, "sogar sterben." Das habe ihm sein Onkel erzählt, ein Polizist. Und seitdem weiß er: überall hin, nur dorthin nicht.

Fast ein Jahr wohnt Alex bereits in dem Abschiebelager. Ungewöhnlich lange. Im Schnitt bleiben die Flüchtlinge vier Monate in Ingolstadt. Doch Alex lebt im Ungewissen, endlose Tage ohne Aufgabe, ohne Struktur, ohne Freunde. Als er in Ingolstadt ankam, fragte er bei McDonald's in der Küche und bei einer Zeitarbeitsfirma, ob sie Arbeit für ihn haben. Die Firma hätte ihn gern an eine Fabrik vermittelt, um dort Maschinen zu überwachen. Auch McDonald's wollte ihn. Doch statt einer Arbeitserlaubnis kam der negative Asylbescheid. Alex suchte sich einen Anwalt, klagte dagegen. Seitdem hat er nichts mehr gehört. Weiß nicht, wann die Verhandlung ist, ob es vielleicht doch eine Chance gibt. Seine Tage verbringt er mit Spazieren und Lesen – vor allem Nachrichten aus der

Ukraine. "Ich liebe mein Land", sagt er. "Wenn dort jemals wieder Frieden herrscht, würde ich gerne zurück." Wenn jemals – es klingt nicht so, als würde er selbst daran glauben, dass das bald der Fall sein wird.

Auch der 26-jährige Viktor Lomakin lebt in dem Lager in Ingolstadt. Auch sein Asylantrag wurde abgelehnt. Aber sonst ist bei ihm alles ganz anders als bei Alex. Er spricht fließend Deutsch, hat Freunde, seit Kurzem sogar eine Ehefrau. Viktor kam vor vier Jahren nach Deutschland, noch bevor der Krieg ausbrach. Warum er floh, will er nicht verraten. Er sagt bloß: "Am Anfang hieß es immer, ich kann sicher bleiben." Bis zum vergangenen August, als der Brief kam, dass er nach Ingolstadt muss.

Vorher besuchte er eine Schule in Schweinfurt in Unterfranken, holte sein Abitur nach, hatte ein Zeugnis voller Einsen. Er spielte in sechs verschiedenen Orchestern Schlagzeug. Drehte Filme mit anderen Flüchtlingen, bekam dafür Preise und Urkunden – vom bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer unterzeichnet. Viktor war einer, den alle mochten, der schnell dazugehörte. Einer, der immer etwas zu tun brauchte. Im Brief stand: Innerhalb einer Woche müsse er nach Ingolstadt.

Als er das erste Mal vor den gelben Containern und dem Metallzaun stand, dachte er: "Das ist ein Gefängnis." Er kehrte um. Zurück in sein altes Leben. Und zurück zu Kathrin, die er in der Berufsschule in Schweinfurt kennengelernt hatte. Sie machte gerade eine Ausbildung zu Kinderpflegerin, er seinen Abschluss. Beide waren bei der Filmgruppe. Mit ihr ging Viktor im Sommer auf Festivals und im Winter Billardspielen. Manchmal kochten sie Plov, ein russisches Gericht mit Reis und Fleisch, manchmal russischen Salat mit viel Mayonnaise.

Sie haben geheiratet, doch aufhalten konnten die beiden den erzwungenen Umzug nicht. Eine Helferin riet ihm schließlich, doch nach Ingolstadt zu gehen. Weil er sonst kein Geld mehr bekommen hätte.

Vor ein paar Wochen bekam Viktor dann den Brief, in dem stand, dass er Deutschland verlassen müsse – bis zum 22. April. Ein Anwalt schaltete sich ein, richtete Viktor am Telefon aus, dass er seine Koffer erst einmal nicht packen müsse. Was das genau heißt? Viktor weiß es nicht. Erst ein paar Tage bevor der negative Bescheid kam, heiratete er Kathrin. Sie hat einen deutschen Pass, doch die Heirat habe auf das Asylverfahren keinen Einfluss, schreibt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Ein Jahr lang haben Viktor und Kathrin für ihre Hochzeit gekämpft, mit Sachbearbeitern gestritten und mit Standesbeamten diskutiert. Dokumente zusammengesucht, übersetzen lassen. Und dabei versucht, so viel Zeit wie möglich miteinander zu verbringen. Gar nicht so einfach – denn Viktor darf Ingolstadt eigentlich nicht verlassen, Kathrin aber wohnt in Nürnberg. Ein paar Mal ließen sie die Securitys zuerst nicht ins Lager. "Wieso soll sie, eine Deutsche, nicht rein dürfen? Wo steht das? Könnt ihr mir das Gesetz zeigen?", fragt er. Manchmal diskutierte er mit den Wachmännern eine Viertelstunde lang, er wurde laut. Am Ende setzte sich Viktor immer durch und Kathrin durfte doch mit. Aber der Tag war immer erstmal verdorben.

Selbst Mia Pulkkinen darf das Abschiebelager nicht betreten. Sie arbeitet für den Bayerischen Flüchtlingsrat und fährt etwa alle zwei Wochen mit ein paar Helfern nach Ingolstadt, um Flüchtlinge über ihre Rechte in Deutschland aufzuklären. Alex vermittelte sie einen Anwalt. Doch der Flüchtlingsrat hat ein Hausverbot erteilt bekommen – "aus Gründen der Sicherheit", heißt es in einem Schreiben der Regierung von Oberbayern. Mia Pulkkinen meint, das sei vorgeschoben. Sie glaubt, die Flüchtlinge sollen einfach schnell abgefertigt und zurückgeschickt werden. Und vorher möglichst wenig Kontakt zur Gesellschaft haben, sich wenig integrieren. Das mache die Abschiebung nur schwieriger.

Tatsächlich muss ehrenamtliche Arbeit in der Unterkunft erst erlaubt werden – von einer Koordinatorin der Stadt. Sie genehmigt zum Beispiel Kurse, die den Flüchtlingen den Start in der Heimat erleichtern sollen. Es scheint nicht vorgesehen, dass jemand, der einmal in Ingolstadt gelandet ist, doch noch in Deutschland bleiben kann. Auch Deutschunterricht bekommt Alex nicht.

Er versucht, es sich selbst beizubringen – mit Büchern, mit Video-Kursen und Apps. Aufgeben will er nicht. Obwohl er weiß, wie schlecht seine Chancen sind.

In den vergangenen eineinhalb Jahren, seitdem Alex in Deutschland lebt, hörte er von einer einzigen Ukrainerin, die bleiben durfte. In dieser Zeit wurden 670 Menschen aus Ingolstadt abgeschoben und fast dreimal so viele kehrten freiwillig in ihre Heimat zurück. Wohl auch, weil sie dafür Geld erhielten. Ein erwachsener Ukrainer kann momentan bis zu 1.100 Euro bekommen, wenn er bis August freiwillig in seine Heimat zurückkehrt. Danach sind es nur noch 300 Euro. Auch das ist in der Ukraine viel Geld – etwa 100 Euro mehr als der durchschnittliche Monatslohn. Trotzdem nehmen es nicht alle. Alex kennt ukrainische Flüchtlinge, die nach Spanien gegangen sind. Dort, sagt er, bekommen sie zwar keine finanzielle Unterstützung, wenn sie aber einen Job fänden, ließe sie der Staat wenigstens in Ruhe. Was will Alex tun? "Vielleicht nach Russland, nach St. Petersburg", sagt er. Sein Cousin ist schon dort. Freiwillig aber will er nicht gehen. Er wird warten, bis es vorbei ist.



Alex im Abschiebelager in Ingolstadt